

Kampfkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Kampfkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 10 Pf. pro Monat 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verleger und Druck: Sozialistische Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14.

Abonnementpreis: 12 Pfennig für den Württemberg und Spalte; 70 Pfennig für Restorte im Ausland. Manuskripte zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegramm-Adress: Kampfkampf Halle. Postamt: Halle. Verleger: Sozialistische Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 23. September 1927

7. Jahrgang + Nr. 224

Die SPD. kapituliert vor den Pfaffen!

Mitarbeit der preußischen Koalitionsregierung an dem schändlichen Schulverpflegungsgesetz

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. September.

Nachdem die Sozialdemokraten in trauer Gemeinschaft mit dem Zentrum in der preußischen Regierung für den Reichsbildungs-Gesetzvorschlag stimmten, gibt heute der „Demokratische Zeitungsdienst“ die „Änderungsanträge der preußischen Regierung“ bekannt.

Ein Antrag stellt lediglich vor, daß das Wort „Gemeinschaftsschule“ vor „Brennmaterialschule“ oder „weltliche Schule“ gesetzt wird. In dem besprochenen § 38 macht die preußische Regierung folgende Vorschläge: Wenn ein Drittel der Erziehungsberechtigten eine Brennmaterialschule fordert und wenn zwei Drittel die Umwandlung in eine weltliche Schule fordern, so entscheidet bei der Abstimmung die absolute Majorität. Selbst der „Demokratische Zeitungsdienst“ wendet sich gegen diese Anträge, da er in der Praxis die Umwandlung in Konfessionschulen erleichtert.

Ein weiterer Antrag fordert, daß die Feststellung des geordneten Schulbetriebes den Ländern überlassen werden soll, und stimmt a) dem Inhalt der Einrichtungs- oder obersten höchsten Anordnungen oder ihrer Vertreter in dem Religionsunterricht zu. Als Preis für die Zustimmung zu dem Reichsbildungs-Gesetz fordert die Braunsche Regierung, daß das Reich die Mittel für das neue Schulgesetz übernimmt. Die Bürgerlich-demokratische „Korrespondenz“ nennt diese Anträge nicht gerade weise.

Der Schulkampf verschärft sich. Die Truppen des Bürgerblods marschieren auf. Eine evangelische Reichsleiterin-Lagung erklärte, sich in feierlicher Gesinnung einzulassen, für dieses Schulgesetz, das die Einheit der Nation festigen und die Freiheit der Gewissen gewährleisten will. „Wann der Deutsche Farrer, tag erklärte sich begeistert für das festige Reichsschulgesetz.

Am so verdrehtester ist es, daß die Sozialdemokratie in der Preußenkoalition den Versuch zu einem sehr schätzbaren Kompromiß macht. Selbst die „Wollische Zeitung“ muß über diesen Kompromiß schreiben, daß die preußischen Anträge nicht gerade als weise gegenüber zu bezeichnen sind. In einer WTB-Meldung über die Änderungsanträge der preußischen Regierung heißt es, daß der Kirche oder ihren Vertretern eine „Art Einrichtungsanträge“ in den Religionsbetrieb der Schule gestattet wird! Die einzig „weisegehende Forderung“ ist, daß die Mehrkosten nicht die Länder, sondern das Reich zu tragen haben. Hoffentlich nicht die Länder, sondern das Reich zu tragen haben, ganz gleich, ob darüber Reich oder Länder Bürger führen.

Da die sozialdemokratischen Führer kompromittiert sind, ist es umso mehr notwendig, daß die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung aufmarschieren und ein Schulgesetz auf dieser Grundlage vollständig verhindern. Wenn die sozialdemokratische Partei diesem Kampf in den Rücken fällt, so müssen die Massen selbst, die Mitglieder der Schulgesellschaften, die Belegschaften der Betriebe, die in Gewerkschaften und in Arbeitervereinen organisierten Massen der werktätigen Bevölkerung, aber auch die Lehrer usw. gemeinsam mit der kommunistischen Partei aufmarschieren. Gute Anfänge sind hier und dort gemacht. Umgeben von öffentlichen wie von Arbeiter- und vom Lehrerschaften Halle-Land Gesellschaftern. Wenn wir auch nicht mit jeder Bevölkerung, besonders der letzten Entscheidung einverstanden sein können, so begreifen wir sie doch als Verkörperung des Willens zum rücksichtslosen Kampf gegen dieses Schulgesetz.

Wer trägt die Schuld?

—e. Halle, 23. September.

Wieder tobt die Diskussion im internationalen Blätterwald über das Thema: Wer trägt die Schuld am Ausbruch des Krieges? Mit seiner Tannenberg-Rede hat Hindenburg diese Frage erneut aufgeworfen. Die ganze nationalistische Presse rollt feile und feiert diese Rede Hindenburgs als eine waterläubige Tat ersten Ranges. Endlich das Geburtstagskinder am 2. Oktober!

Kritisch hat fast gleichzeitig Polina von der anderen Seite der Schwarzpolitik überläubigen Grenzplanen des Tannenbergplatzes der deutschen Monarchisten eine Regel ins Rollen gebracht, die mit der Hindenburgs prompt zusammen plogte. Und nun steht der Chor der Unentwegten hüben wie trüben und zeigt in der berühmten Jugenmanier mit dem Zeigefinger auf die anderen: „Warte nur, Du hast angefangen, ich peise das dem Lehrer.“ Wie immer, gibt es Menschen, die selbst solche Drohungen ernst nehmen und gern den Schiedsrichter in einem solchen Streit spielen möchten. Dabei weiß jedes Kind, daß es den Streitern gar nicht auf einen Schiedspruch ankommt — denn beide wissen genau, daß sie sich nichts vorzuwerfen haben. Die demokratische Presse aller Welt steht aber schon ein internationales Schiedsgericht oder bezieht sich mindestens sehr ausführlich als Bequämling der jehigen Heben der Kriegespeker von anno domini — und vergessen dabei ganz, wirklich ernstlich etwas zu unternehmen, um den hereinbrichenden neuer Kriegesatropen zu verhindern.

Die demokratisch-sozialdemokratisch-pazifistischen Teilhaber am Streit um die Kriegsschuldfrage erinnern an jene Dorfschweizer, die das Feuer zu bekämpfen suchte, indem sie die Wollformen, die ihre neue Dampfpreise lieferte, nutzlos gegen den Rauch verschwendeten, statt damit die Feuerglut direkt zu erlösen. Die Glut, aus der über Nacht die Flammen neuer Kriege entspringen können, das ist die Summe der inneren Widersprüche des Kapitalismus, das ist der Schrei des kapitalistischen Marktes nach Absatz, nach Profit. Auch der „Weltkrieg“ von 1914 bis 1918, der vielleicht morgen diesen Namen nicht mehr tragen kann, wenn größere Kriege die Gesellschaft erschüttern sollten, auch dieser Krieg war das notwendige Endprodukt der sich in rasendem Tempo verschärfenden imperialistischen Gegensätze. Dieser Krieg mit Waffen und Maschinen, mit Gasen und Giften, war nur eine andere Form des händigen Krieges der kapitalistischen Staaten mit den Mitteln der Zölle und Anleihen, des Dumpings, der Korruption und der Unberechnung. Es spielt wirklich nur eine Rolle von untergeordneter Bedeutung, wer in dieser Glut am meisten oder „zuerst“ geküht hat. Geküht haben alle, die die Träger dieses imperialistischen Systems waren, das in sich alle Elemente kriegerischer Konflikte trägt.

Sie schüren heute noch, denn heute noch besteht dieses System. Sie schüren den Krieg besonders stark gegen die Sowjetunion, weil dort zum erstenmal mit Erfolg dieses System durch das proletarisch-sozialistische überwunden worden ist. Die Schuld an den vergangenen und den kommenden Kriegen trägt also in erster Linie das kapitalistische System und schließlich auch seine Träger — ganz gleich, wie sie sich verhalten. Die Schuld an den kommenden Kriegen trägt also in erster Linie das kapitalistische System und schließlich auch seine Träger — ganz gleich, wie sie sich verhalten. Die Schuld an den kommenden Kriegen trägt also in erster Linie das kapitalistische System und schließlich auch seine Träger — ganz gleich, wie sie sich verhalten.

Mit solchen moralischen Mäßen beiseitigen wir nicht die Voraussetzungen neuer Kriege, diese beiseitigen wir nur durch den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernherrschaft in der ganzen Welt. Selbst die ehrlich gemeinten Friedensreden ändern nichts an dieser Tatsache. Umgekehrt ist es die, die erstreut aus der Tannenberg-Rede lesen, daß Hindenburg, dieser alte preußische Krieger, auch davon überzeugt ist, daß der Krieg ein Verbrechen des Kapitalismus der Frieden höher hände, als ihr System und als ob sie den Krieg verhindern könnten.

Verhindern kann ihn nur die revolutionäre Arbeiterschaft durch den breitesten Massenbrand gegen Kriege- und Kriegstreiber, für Frieden und Sozialismus. Wenn die Arbeiterschaft in ihrer großen Mehrheit Kriegsdienste an der Front und im Werktrieb nicht leisten wird, dann kann selbst Hindenburg nicht zum Angriff holen, und wenn er es taubeln möchte.

Der Arbeiter und der Arbeiterführer trägt in dem geschichtlichen Sinne Schuld am Ausbruch des Krieges, der nicht unter Umständen zum Sturz des Kapitalismus führt, der sich vielleicht sogar — wie die SPD-Führer — dazu beruht, am Aufbau und an der Festigung des Kapitalismus mitzuhaben.

Je fester Kapitalismus und Reaktion ihre Positionen bauen, je größer wird die Wahrscheinlichkeit kommender Kriege. Je fester aber die kommunistische Partei ihre Zellen in den Betrieben und Wohnorten organisiert, je mehr Massen dem Einfluß

Anschlußpolitik über die Klassenjustiz

Beschärkung des Strafrechtes in Deutschland und Oesterreich

(Eig. Meldg.) Berlin, 22. September.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags kam es heute zu einer langen Auseinandersetzung über die Frage der Zusammenarbeit mit dem österreichischen Nationalrat, der bekanntlich dasselbe Strafrecht beschließen soll, wie der Reichstag. Reichsinnenminister wurden ausgerechnet von den Reichsparteien, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei, stark antipolitisch Bedenken vorgebracht, aus einer solche Zusammenarbeit möglich sei. Für die Kommunisten erklärte Genosse Stoeder, daß die Arbeiter Oesterreichs es sicher sehr merkwürdig finden würden, daß die Anschlußpolitik ausgerechnet mit einem verschärften Klassenjustizgesetz beginnen soll. Schließlich wurde ein Auschuß von drei Mitgliedern eingesetzt, der mit dem österreichischen Parlament über eine gemeinsame Arbeit beraten soll.

Dann kam es zu einer Auseinandersetzung über den kommunistischen Antrag zu den Beratungen des Strafrechtsausschusses, Vertreter der Presse hinzuzuziehen. Während der Reichstagspräsident Lobe erklärte, daß das nach der Geschäftsordnung nicht möglich sei, unterstützten die Abgeordneten Landberg, Wittmann und zwei dem kommunistischen Antrag, der aber nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

In der letzten Beratung wurden dann noch Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, die den Belegschaften böhmischer Arbeiter, doch nach Ausschussbescheid, die nach der Tat beschließen soll, wenn sie für den Täter günstig sind, Anwendung finden sollen.

„Strafgesetzkreform“ in Oesterreich

(Eig. Meldg.) Wien, 22. September.

Im österreichischen Nationalrat wurde gestern der Entwurf eines neuen Strafgesetzes eingebracht. Die österreichische Regierung macht kein Hehl daraus, daß sie in den für die Sozialistische Regierung maßgeblichen Punkten eine „Rechtsangleichung“ mit dem deutschen Strafgesetzbuch anstrebe, aber in allen den Fragen, in denen das deutsche Strafgesetz humaner ist als das österreichische, z. B. in den Fragen des Ehebruchs und der Verbrechensstrafen, z. B. in den Fragen des Ehebruchs, einen Rechtsausgleich ablehne. Die Sozialdemokraten lagten ihre Mitarbeit am Gesetze zu. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Beratungen so lange hinauszuziehen, bis ihr Antrag antrag behandelt worden sei. Die Sozialdemokraten verhielten sich bewußt darauf.

Die Verhärzung der Gesetzgebung in Oesterreich und Deutschland in der Frage der Justiz beschleunigt die Anträge als typische Herrschaftsinstrumente der herrschenden Klasse. In der Verfolgung der Bourgeoisie, die sich sonst in vielen Fragen widerprechen. Das kennzeichnet die gesamte Anschlußpolitik überhaupt. Erst dann wird sich die deutsche Bourgeoisie zu der Verschärfung der österreichischen und deutschen Gesetze aufhängen, wenn sie es im Interesse der größtmöglichen Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats für notwendig hält.

Der neue Geandte der USSR in Polen

(Eig. Meldg.) Berlin, 22. September.

Der neue Geandte der Sowjetunion in Polen wurde Dimitri Bogomolow ernannt, der bis zum Abbruch der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion Geschäftsträger in London war.

6 neue Todesurteile in Litauen

(Eig. Drahtm.) Kowno, 23. September.

Am Mittwoch wurden vom Kriegsgesicht in Tauragen erneut sechs Todesurteile gefällt. Die zum Tode verurteilten Angeklagten wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. In den nächsten Tagen wird noch eine Anzahl von Prozeßfällen vom Kriegsgesicht behandelt werden, und es ist noch eine große Anzahl von Todesurteilen zu erwarten.

Schwere Zuchthausurteile gegen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Kowno, 23. September.

Die vor einigen Wochen aus Liffa zu Litauen gekommenen und dort verhafteten drei Kommunisten sind wegen Verbreitung kommunistischer Literatur zu 3 bis 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

der Missionen des Reformismus entzogen und für unsere Partei und Presse gewonnen werden, um so mehr verschwindet die Möglichkeit neuer Kriege hinter dem Schatten der um Lohn und Brot, Herrschaft und Sozialismus vormärzlichenen Masse des Proletariats.

Sie kuscheln vor Hindenburg

(Eig. Meld.) Berlin, 22. September

Der „Vorwärts“ von heute Abend beugte sich endlich zu einer Neuerung auf die von der Begrüßung der SPD, und der Geschäftung des SPD, an den Bezirksverband der SPD, den Ortsausschuß des SPD, und das Reichsbanner gerichteten Aufforderungen zur Organisierung einer gemeinsamen Demonstration am 2. Oktober gegen den Kaiserhof. Der „Vorwärts“ schreibt, daß dieser Brief ohne Antwort bleiben werde. Die „Genossen“ Bestimmung der Kommunisten gegenüber der Sozialdemokratie und die Bedeutung ihrer „proletarischen“ Griffe habe nur Zweck für den Papierkorb. Die Kommunisten hätten die Wahl Hindenburgs absichtlich und bewußt (vom „Vorwärts“ unterstrichen) herbeigeführt.

Also doch noch eine Antwort! Und wie zu erwarten war, eine, die mit niederrichtiger Demagogie den Kommunisten den alten Vorwurf macht, sie hätten die letzter Hindenburgs gewesen. Dieser Vorwurf ist selbst von sozialdemokratischen Zeitungen widerlegt worden, so daß wir uns durch ihn nicht ablenken lassen dürfen von der Frage, um die es geht: Von dem einseitigen Kampfe der werktätigen Massen gegen die Bürgerhöflichkeit, indem die sozialdemokratische Führerschaft es ablehnt, gemeinsam am 2. Oktober gegen den Hindenburg-Votum zu demonstrieren, beweist sie allein schon, daß es ihr mit einem wirklichen Kampfe gegen den Bürgerhof nicht ernst ist. Am 10. mehr muß die Arbeiterbewegung die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen Hindenburg und den Bürgerhof erkennen.

Nach dem Schmeiß der Herr Professor

Wie der Amstliche Preussische Professor mitteilt, ist der bisherige kommunikalische Professor Dr. Baentgen, zum Oberpräsident endgültig ernannt worden, nachdem das verfassungsmäßig notwendige Einvernehmen mit den betreffenden Provinzialparlamenten hergestellt worden war.

Mit der Ernennung des Sozialdemokraten und Geheimrats Professor Dr. Baentgen zum Reichspräsidenten der Provinz Sachsen hat die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse öffentlich dokumentiert, daß sie keine marxistische und keine Arbeiterpartei mehr ist. Wäntgen, dieser einst lächelnde, fromme Kleinbürger, hat wohl manches in der Welt gesehen und geschrieben. Aber nichts ist darunter, was für die Arbeiterklasse irgend einen Wert hätte. Wäntgen gehört zu jenen absolut Kleinbürgerlichen Elementen, deren Protektion durch die Sozialdemokratie diese Partei selbst als das kennzeichnet, was sie ist: der linke Flügel der deutschen Bourgeoisie, der leider noch bis in die Arbeiterbewegung hineinragt.

„Erfolge“ der Mecklenburger Linksregierung

(Eig. Meldung.) Schwerin, 22. September

Der Hauptausfluß des Mecklenburgischen Landtages beschloß die Erhöhung der Friedensrenten ab 1. Oktober um 10 Prozent. Davon sollen 4 Prozent dem Bundesrat überlassen werden, und das übrige zum allgemeinen Finanzbedarf des Landes und zum Wohnungsbau bereitgestellt werden. Es handelt sich um eine Vorlage der „Linksregierung“ in Mecklenburg.

Den Unternehmern und Agrariern waagt man nicht an den Geldbeutel zu greifen!

Protektverammlung in Ammerdorf

Die gegen 300 Personen umfassende Volksversammlung in Ammerdorf erhebt fassenden Protest gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Bildungsreform. Dieser Entwurf zerstört die Volksschule in minderleistungsfähige Zweigstellen.

erfordert ungeheure Mittel, um den Kulturrückschritt zu vollbringen. vermindert die Bildungsmöglichkeit der breiten Massen in dieser an sich schon leistungsunfähigen Zweigstelle noch durch einen erheblichen Lebensfeindlichen kirchlichen Dogmen, und macht die Lehrer als Staatsbeamte zu rechtlosen Werkzeugen der Religionsgemeinschaften.

Dieser Entwurf muß verschwinden! Verschwinden muß auch jene Grundlage, die Artikel 140 II und 149 der Reichsverfassung! Verschwinden muß jede Verbindung des Staates mit der Kirche.

Die Verfassungen werden, ihrem Protest durch die Tat Nachdruck zu geben: Heraus aus der Kirche! Heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht! Kampf für die Kulturrevolution! Kampf für Bekämpfung der Lösung: Einheitschule und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens!

Der Lehrerverein Halle-Land gegen das Schulgesetz

Lehrer-Verein Halle-Land, Ammerdorf, 20. September 1927.

Der L.V. Halle-Land hat in seiner letzten Sitzung, die trotz des schlechten Wetters zahlreich besucht war, folgende Entschlüsse gegen den Reichsschulgesetzentwurf einstimmig angenommen: „Der L.V. Halle-Land lehnt den Reichsschulgesetzentwurf ab. Gründe:

- 1. Er ist ein Ausnahmegesetz gegen die Volksschule, läßt dagegen das mittlere und höhere Schulwesen unberührt.
- 2. Er ist ein politisches Gebilde, das sich in der Hauptsache auf den Reichlinien aufbaut, die zur Regierungsbildung zwischen deutschnationalen und Zentrum führten, aber § 140, Abs. 1, unberührt läßt.
- 3. Er verstoßt gegen die Reichsverfassung, da er die Landesschulen der Gemeindefürsorge gleichstellt, ja sie insofern bevorzugt, als die benannten Volksschulen als benannte Volksschulen im Sinne des Gesetzes zu gelten haben.
- 4. Er läßt die Zerstückelung der leistungsfähigen größeren Schulgemeinden zu, begünstigt die Schaffung von Zweigstellen und verwehrt dadurch die Schullisten in Staat und Gemeinde.
- 5. Er trägt bauenden Schultamp in die Gemeinden, zerstört den Schullehrer, verächtlich die konfessionellen Gegenstände und vermindert dadurch selbst die Erziehung des in § 1 genannten Zieles: Schaffung der Volksgemeinschaft.
- 6. Er untergräbt die Schullehrer des Staates und liefert die Volksschule unter dem Deckmantel des Elternrechts den Konfessionen und Weltanschauungen aus.
- 7. Er beschränkt die Freiheit der Lehrerpersönlichkeit und bringt für den Religionsunterricht eine dreifache Verunsicherung.
- 8. Er vernichtet die in Baden, Hessen, Thüringen usw. bestehenden Simultanschulen, die dort bisher im Sinne der Volksgemeinschaft mit gutem Erfolg gearbeitet haben.“

Bahn frei für den Kampf der Bergarbeiter!

Zort mit den Demonstrationsverboten in Halle — Kommunikalische Vorköße im Parlament gegen Degles Polizeiterrror

Wochen sind schon ins Land gegangen und noch immer besteht das völlig unbegründete Demonstrationsverbot gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung von Halle und noch immer ist die schändliche Gehörlosigkeit Degles gegen die mitteldeutschen Bergarbeiter nicht zurückgenommen oder widerrufen worden. Aber auch nicht ist von den oberen Behörden geäußert worden, daß die Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bergarbeiter durch die Polizei verurteilt hätte. Darum ist es angebracht, daß die breiten Massen der Berg- und Zindulrarbeiter durch den erneuten Vorstoß der Kommunisten in den Parlamenten an ihre Pflicht erinnert werden, mit aller Kraft, in jedem Bereiche, in jeder Versammlung gegen die republikanisch-monarchistische Polizeivillkür zu mobilisieren. Denn nur durch den Druck der breiten Massen wird es gelingen, die Schandverbote und Erlasse zu Fall zu bringen.

Wir sind uns darüber klar, daß der Herr Sozialdemokrat und preussische Innenminister Graf Hertin durch die Verbote aufheben wird. Doch festhalten muß werden, daß dieses Verhalten der sozialdemokratischen Führer deswegen besonders verwerflich ist, weil sie umgekehrt die Reaktion aus den Reihen der Arbeiterbewegung erlauben. Diese Helfer der Reaktion gilt es erneut zu jagen, Farbe zu bekennen!

Zort mit der Degle-Kittatur!

Darum richtete die kommunikalische Fraktion des Staatsrates an das Preussische Ministerium des Innern folgende Anfragen mit dem beiliegenden Schreiben auf: Antwortung bzw. Erledigung im nächsten Tagungsabschnitte des Staatsrates.

- 1. Ist das Preussische Ministerium des Innern unterrichtet über den beiliegenden Beschluß des Regierungspräsidenten Gröhner vom Regierungsbezirk Merseburg betreffend Einschränkung der Rechte der Disziplinar-Halle der kommunikalischen Partei, des kommunikalischen Jugendverbandes, des Roten Frontkämpfer-Bundes, der Roten Jungfront und des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes vom 20. August 1927, Attenzen-L. Z. pro. 400/27?
- 2. Was gebietet das Ministerium zu tun, oder was hat es unternommen, um für die Zukunft solcher Art Eingriffe des Regierungspräsidenten zu unterbinden, durch welche die genannten Disziplinar-Halle der Durchführung ihrer Zwecke und Ziele im Rahmen ihrer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte behindert werden?
- 3. Ist eine Zurückweisung oder Bestrafung des Regierungspräsidenten für die durch den genannten Beschluß bewirkte Einschränkung der Rechte der Disziplinar-Halle der kommunikalischen Partei, des kommunikalischen Jugendverbandes, des Roten Frontkämpfer-Bundes, der Roten Jungfront und des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes vom 20. August 1927, Attenzen-L. Z. pro. 400/27?

Da die mitteldeutschen Bergarbeiter sich gegenwärtig unter den schwierigsten Bedingungen im Kampfe um Verbesserung ihrer

wirtschaftlichen Lage befinden, halten wir eine Klärung der von uns oben gestellten Fragen für dringend notwendig und erlaube, um vorzubringen, daß die oben genannten Bergarbeiter in ihrem berechtigten Streben nach einem menschenwürdigen Dasein nicht noch durch staatliche Behörden oder Instanzen behindert werden.

Die Strafe gehört dem Proletaria

Die kommunikalische Fraktion des Staatsrates richtete an das Preussische Ministerium des Innern folgende Anfrage mit dem beiliegenden Schreiben auf: Antwortung bzw. Erledigung im nächsten Tagungsabschnitte des Staatsrates.

- 1. Ist das Preussische Ministerium des Innern unterrichtet über den beiliegenden Beschluß des Regierungspräsidenten Gröhner vom Regierungsbezirk Merseburg betreffend Einschränkung der Rechte der Disziplinar-Halle der kommunikalischen Partei, des kommunikalischen Jugendverbandes, des Roten Frontkämpfer-Bundes, der Roten Jungfront und des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes vom 20. August 1927, Attenzen-L. Z. pro. 400/27?
- 2. Was gebietet das Ministerium zu tun, oder was hat es unternommen, um für die Zukunft solcher Art Eingriffe des Regierungspräsidenten zu unterbinden, durch welche die genannten Disziplinar-Halle der Durchführung ihrer Zwecke und Ziele im Rahmen ihrer allgemeinen staatsbürgerlichen Rechte behindert werden?
- 3. Ist eine Zurückweisung oder Bestrafung des Regierungspräsidenten für die durch den genannten Beschluß bewirkte Einschränkung der Rechte der Disziplinar-Halle der kommunikalischen Partei, des kommunikalischen Jugendverbandes, des Roten Frontkämpfer-Bundes, der Roten Jungfront und des Roten Frauen- und Mädchen-Bundes vom 20. August 1927, Attenzen-L. Z. pro. 400/27?

25 Mark für die Kleinen, 70 Mark für die Großen

(Eig. Meld.) Berlin, 22. September

Nachdem vorher der Interparlamentarische Ausschuss der Regierungenpartei zur Welt in Ungarn die Entscheidung über die Höhe der Reichsschulden festgelegt hat, ist die heutige Sitzung des Ausschusses für die Höhe der Reichsschulden festgelegt worden. An den Beratungen beteiligten sich auch Reichsminister Marx, der Reichsfinanzminister und der Reichsminister für die Verwaltung der Beamtenhöfe zum 1. Oktober folgende Güte vor: Die verheirateten Beamten sollen an Erhöhungen am 1. Oktober in den Gruppen I bis V 25 Mk., VI bis VIII 30 Mk., IX bis XI 40 Mk. und höher 70 Mk., die unversehrten Beamten von diesen Kategorien in allen Gruppen je 5 Mk. weniger erhalten. Die Beamtenverbände hatten gefordert, daß 10 Prozent vorangestrichen werden an die untersten Gruppen, mindestens 40 Mk. Der Bürgerhof stimmte geschlossen alle Vorschläge nieder.

Streik in der Reichsdruckerei

(Eig. Draht.) Berlin, 22. September

In der Reichsdruckerei hat gestern nachmittag ein Konflikt aus, in dessen Verlauf sämtliche Drucker der Arbeit überlegten. Die Direktion der Reichsdruckerei verweigert seit einiger Zeit die Hauptgeldbruder zu zwingen, die Fassung für das verarbeitete Papier zu übernehmen.

Mißbrauch der Schullinder zum Hindenburg-Geburtsstagsrummel

(Eig. Meld.) Berlin, 22. September

Aus dem Programm zur Geburtstagsfeier Hindenburgs wird bekannt, daß das Provinzial-Schulkollegium im Auftrag der preussischen Staatsregierung im Stadion Brandenburg eine Schulung durch die Berliner Schuljugend vorzunehmen will. Es sollen 4000 Schüler und zwar der Berufs- und Fachschulen, der höheren Spezialschulen, der Mittel- und Volksschulen im beteiligen. Ein Schüler von 7000 soll folgende vierer zum Vortrag bringen: „Lobe den Herrn“, „Ich bin deutscher Wächter“, „Und hörs Du nicht mächtiges Ringen“, „Dir möcht ich diese Lieber meinen“. „Ich hab mich ergeben“, um Abschied der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes.

Klempnerladen heraus!

(Eig. Meld.) Berlin, 22. September

Anlässlich Hindenburgs Geburtstag wird der deutsche Reichsriegerbund Krieger mit seinen Vereinen und Verbänden am 2. Oktober bei der Spalierbildung vertreten sein. Am Montag darauf soll im Rahmen des 2. Reichsriegertages vormittags 11 Uhr eine eigene Schulungsgemeinschaft im Stadion stattfinden. Das Reichsriegerbund hat eine Ehrenkompagnie der Reichsmehr zur Verfügung gestellt, die sich mit dem Fahnen und Stadarten des alten Preussens am Einmarsch beteiligen soll. Am Abend des 2. Oktober soll die auswärtigen Teilnehmer in verschiedenen Sälen der Stadt Begrüßungsfeiern und Kommersie vorgehen.



Ihr Hurragebrüll soll am 2. Oktober den Ruf nach Amnestie überbringen!

Seltam, die Bergwerkszeitung,

in deren Redaktion der „Klassenkampf“ von einem „Spezialisten“ grüßlich gelobt wird, hat übersehen, daß wir wiederholt von den Gründern deutscher Krankenkassenmitglieder nach den Kurorten Seltam-Kurort berichtet haben. Die Bergwerkszeitung bringt am 21. September Jitale der „F. v. d. W.“ und der „S. v. d. W.“, die zwar etwas alt sind — vom 19. Juli —, aber sie bringt Jitale von den Begründungen der deutschen Krankenkassenorganisationen in der Konstitution und ruff dann aus: „Seltam, der „Klassenkampf“ hat darüber nichts berichtet.“

Dann schimpft man natürlich frei nach dem „Vorwärts“ über diese Erholungskuren und will die Krankenkassenmitglieder gegen diese aufheben. Vergebliche Diebesmahl! Ohne daß wir diese Kurorten empfohlen haben, schwärmen die tranken Arbeiter Deutschlands davon, denn sie wissen, in der Krim und im Kaukasus sind die Erholung und Gesundheit doppelt schnell vorwärts führen. Hier sind nicht nur die besten Voraussetzungen für Erholungskuren, hier ist auch eine proletarische Atmosphäre, hier fehlen die kollektiven Feindkräfte der Bourgeoisie, hier ist die Pflege der Kranken kein den Hintermännern der Bergwerks- und Industriellen Zeitung abgenommenes Müßli, sondern ein freiwilliger Solidaritätsdienst im tranken Klassenkampf. Zur Beruhigung der Bergwerkszeitung: Morgen veröffentlicht wir wieder mal ein Bild und einen Artikel über das Erlebnis von einem deutschen Kurort in der toten Krim.

Wunde Kautzenerzungen

Der Vorkämpfer an seinen Feldmarschall

Wilmhelm II. hat an Hindenburg anlässlich der Weishe des Tannenbergs-Denkmals folgendes Telegramm geschickt:

„Bei der Weishe des Denkmals für die Schlacht von Tannenberg ist die Weishe in dieser ungeschicklichen Dankbarkeit bei allen denen, die zu Tannenberg waren, ein sehr ungeschickliches Verhalten. Tannenberg zeigt der Welt nur einen Mann, einen deutschen Mann, einen Mann, der die Führung führt. Möchte der Feldherr von Tannenberg unter jenseitigen Volk durchbringen und einigen! Dann wird er wiederum Wunder zu wirken, und die Tapferen, denen heute das Denkmals errichtet, werden nicht umsonst gehalten sein! Dann wird es mit Gottes Hilfe wieder umsonst gehen.“

Er war... er wies es so. Die Aufstellung der Reichsschulpläne durch Hindenburg... seiner Tannenbergs-Weishe hat noch mehr ins Rollen gebracht. Und wir wählten zunächst die demokratischen und sozialdemokratischen Wähler die Frage auf, ob die Regierung etwas von der Rede vorher genutzt habe. Und wenn das der Fall sein sollte, dann... wenn aber nicht, dann um so besser. Jetzt wird nun so halb mitgeteilt, daß die Tannenbergs-Weishe Hindenburgs sowohl dem Reichsfeldmarschall wie dem Reichsminister für die Verwaltung der Beamtenhöfe hat. Das ist eben die Arbeitsleistung der deutschen nationalen Kampfbünde. Die einen tun so, als ob sie „Reaktionäre“ wären, die Frieden wünschen und den anderen überlassen sie die Kraft! Am Ende, mit denen man das „Jourenale“ will, werden die Stimmen für die kommenden Wahlen zu gewinnen geben!

Der Vater trägt die Last — aber was für ein

Am Großmuttertag wurden in der Tannenberg- und Hindenburg-Weishe der Feldmarschall in Hinblick auf Hindenburgs Geburtstag sehr wieder fröhlich ausgedrückt, und an die Feldmarschall eine Entschuldigend geflohen, durch die sie ihre Mitglieder auffordern, am 2. Oktober festlich zu feiern. Doch wie sollt Du mich betragen, wie gelangt man... soll, was auch immer, das wird aus Geschäftsinteressen selbstverständlich den einzelnen Mitgliedern überlassen, was beinahe Publikum hat, wird die vornehmere Dame betragen. Die Berliner Kurortshotels sollen augenblicklich einfließen eine Phantastie haben, die allen Ansprüchen entspricht, beraten. Aber im übrigen erklären die Hoteliers brav das Lied mitgehen zu wollen: „Ich hab mein Herz bei Hindenburg verloren.“

Hindenburg fandte als Antwort auf ein Schulungstelegramm des deutschnationalen Parteitagess folgende Antwort: „Haben Sie aufrechtigen Dank für das freundliche Meinungen und Ihre Güte, die ich zu meinen besonderen Geburtsstagen. Die Besonderen Ihres Parteitagess beglückwünsche ich mit dem aufrechten Wunsch, daß Ihre Arbeit dem deutschen Volke zum Nutzen gereichen und seine Einigkeit fördern möge.“

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Zwangswweise ins Kloster

Schwarze Sittenapostel — Viel Arbeit, schlechtes Essen — Erziehung zur Homosexualität

In unserem Mannheimer Arbeiterorgan veröffentlicht ein Arbeiter ein Erlebnis, das weit erregt, es auch anderen Lesern bekanntzugeben.

Vor einigen Tagen begegnete ich in Karlsruhe der Tochter eines mit gut bekannten Arbeitstollen. Das einjährige fröhliche junge Proletarierkind sah ich seit einigen Jahren nicht mehr und gerade dadurch fiel mir ihr müdes, mattes Auge, ihre ganze abgepasste Haltung des Körpers besonders auf. Wie erstaunt war ich, als ich nach ihrem Ergehen fragte, und warum man sie so lange nicht mehr sah, ich mit einer trostigen Scham von ihr erfahren mußte, daß man sie zwangsweise in ein Kloster gesteckt hatte. Sie ersuchte sie nun, doch darüber einiges zu erzählen, wie denn dies bei ihr möglich sein konnte, da ich die Verhältnisse der Eltern sehr gut kannte.

Sie kannte einen jungen Burischen, der mit ihr eine Freundschaft schloß, wozu auch die Eltern wußten. Wie üblich, gab es böse Tungen in der Nachbarschaft über das unter der Kontrolle der Eltern harmlose Freundschaftsverhältnis. Es ging nicht gar zu lange, da interessierten sich die schwarzen Sittenapostel und das Jugendamt dafür. Das Mädchen, in ihrer offenen proletarischen Ehrlichkeit und Weisheit vor jeder bürgerlichen Heuchelei, war nun bald nach dem

diese unnatürlichen Methoden muß mit der Zeit ein Mädchen in sexueller Hinsicht entarten. Geist und Körper werden vernichtet. Inwiefern der Sexualtrieb gerade zu einem Mann wird, zeigt, daß die Mädchen beim Ergehen eines jungen Geistes nicht einen Blick von ihm wandten und er, wie erzählt wurde, seine Verweigerung



Die kranke „Heilige“ in religiöser Verklärung

Urteil der schwarzen Wohlfahrtsinstanzen

für „fittlich gefährdet“ erklärt, denn erstens kannte sie einen jungen Arbeiter — das schon ist ein großes Verbrechen — weiter war sie nicht Mitglied des katholischen Jungfrauenbundes. Die Frage von der „fittlichen Gefahr“ dient als Mittel zum Zweck für die brutale, rücksichtslose Trennung von zu Hause.

Dieses wurde mir durch die Erzählung des körperlich und seelisch heruntergekommenen Mädchens erneut bestätigt. Weiblich wegen der Freundschaft des Mädchens wurde der Vater mit seiner Tochter eines Tages vor den Jugendrichter des Klassenrates geladen — und das Mädchen sollte nicht mehr heimkehren. Man nahm sie in Gewahrsam und brachte sie per Schiff in ein Kloster. Dort von den Nonnen empfangen, sagte man ihr, daß es ihr hier „gut gefallen“ werde, und daß die Nonnen die Stelle einer „besten Mutter“ einnehmen würden.

Es sah wirklich sehr „einladend“ aus, dieses graue Gebäude mit den vergitterten Fenstern, wie es das arme, gezeichnete Mädchen schätzte. Hundert „Kinder“, wie die Mädchen in dem Kloster genannt werden, sind von den „Müttern“, den Nonnen, betraut. Morgens 5 1/2 Uhr kläutet die Glocke dieses schwarzen Ausbeutungsinstituts. Das Lager muß zurecht gemacht werden, beim Waschen (!) waschen die „Mütter“ darauf, daß die Kleidungsstücke nicht bis auf die Schultern entblößt werden, denn das ist eine „Sünde“ und es gibt hierfür Strafen, z. B. Bettentzug, den sogenannten Kastenstich, wo das „Kind“ nicht mit den anderen an einem Tisch sitzen darf, oder das „Stübchen“, eine Arrestzelle. Bei der letzten wird

Ein „Marienkind“ zur Bewachung

ausgeteilt, das sind solche Mädchen, die durch heuchlerisches Gebahren



Die „heilige“ Kell in der Kirche

sich eine Sonderstellung im Kloster errungen haben und verwendet werden als Dienstmädchen, ein belichtetes System in unserer bürgerlichen Gesellschaft.

Ein Regel ist in dem Kloster nicht vorhanden, denn das Bescheiden des eigenen Ich ist nach der Ansicht der „Mütter“ bereits eine „Sünde“. Es gibt Malstöße zum Frühstück, mit einem Tropfen Milch ohne Zucker. Um 7 Uhr beginnt die Arbeit in den Sälen; vor allem wird Weiszeug hergestellt in großen Mengen für Fabriken. Die schwersten körperlichen Arbeiten müssen die „Kinder“ verrichten, ohne einen Pfennig Bezahlung, lediglich für das tägliche Gefängnislohn. Erben, Wöhnen, Wägen, Gruppen ist so das allgemeine übliche Essen „zur Erhaltung“ der Kräfte. Von 7 Uhr morgens ununterbrochen bis mittags 12 Uhr, bis die letzte Glocke klingt, arbeiten die „Kinder“ unter fährlicher Bewachung der „christlichen Mütter“, die auf einem Podium sitzend, mit Argusaugen den Antrieber spielen.

Nach dem Essen ist die sogenannte „Erholung“, eine halbe Stunde, in welcher gebetet wird, oder sogenannte „Exerziten“ von einem Geistlichen abgehalten werden. Die „Kinder“ müssen bei dieser „Erholung“ durch Stillstehen mit niedergeschlagenen Augen ihre „Sünden“ abbüßen und eine Sittenpredigt anhören, wobei der Seelenhirte von der bösen Welt draußen spricht und oft betont, daß es ihm Angst ist, wenn die „Kinder“ wieder in diese Welt zurückkehren. Wir glauben dies ganz gerne, denn solchen Gehirnen, solche billigen Arbeitskräfte kann man in solchen Gefängnissen sehr gut brauchen.

Von 1 Uhr an geht es im selben Stil bis abends 7 Uhr weiter. Stets und ständig beten und arbeiten. Unter diesen Verhältnissen leiden die jungen Mädchen furchbar in seelischer und körperlicher Beziehung. Dieses schwarze Inferno führt im Laufe der Zeit gewalttätige Entartungen in moralischer und sexueller Hinsicht. Das von vielerlei Entartungen in moralischer und sexueller Hinsicht. Das von vielerlei Entartungen in moralischer und sexueller Hinsicht.

Der Vater, der die Reife abströte, fragte über diese Dinge die Mädchen bis in alle Einzelheiten aus und gerade dadurch werden die Sinne immer fortgesetzt aufgepeitscht. Wenn die Verführung an Dich herantritt, mein Kind, so leinere der Seelenhirte, dann bist Du ein „Gehobener“ darüber weg. Dies ist der Kampf gegen die „fittliche Gefahr“, wie ihn diese schwarze Polizei des kapitalistischen Ausbeutungsinstituts führt. Durch

selbst beim Bischof beantragen mußte, da er keine Autorität mehr besaß. Die näheren Umstände wurden geheimgehalten, aber wie die Geschichte der katholischen Kirche zeigt, haben es sehr viele Vertreter Gottes in sexueller Beziehung mit den weiblichen jungen Gläubigen nicht allzu genau genommen.

Jede natürliche Neugier oder Unterhaltung wird unterdrückt. So machte einmal das Mädchen die Strümpfe in Ordnung, als eine Nonne dabei stand, die sich rührte, ob dieser „unwürdigen Handlung“ und ihr dann die schlimmsten Vorwürfe machte über diese „schwere Sünde“, wie sie dies bezeichnete. Als nun das Mädchen eines Tages zum Urat mußte und sie sich frei machen sollte, war auch dieselbe Nonne dabei, mit dem Gesicht gegen das Fenster gekehrt. Denn sie darf ja

einen teilweise entblößten Körper

nicht anschauen. Da forderte nun das Mädchen, daß sie sich entferne, denn sie schaue ja durch das wiederpelebende Fenster sie doch an. Mit einer fittlichen Wut über das „freche“ Mädchen verließ sie dann erst nach wiederholter Aufforderung das Zimmer.

Daß durch eine solche Offenheit das Mädchen noch nicht „fittlich gehobert“ betrachtet wurde, war nicht anders zu erwarten. Alle Vorstellungen der schwer unter der Trennung ihres Kindes lebenden Eltern wurden fortgesetzt abgelehnt mit der Begründung, daß das Mädchen noch nicht leinert, „geleitet“ sei, um den Gefahren der Welt Trotz zu bieten.“ Als würden die Mädchen in einem solchen Kloster gehobert!

Diese seltsame Klassenverteilung, die einst zum Weltgemisch in den Jahren 1914 bis 1918 die Waffen zum gegenseitigen Menschenmorden legnete, die unter der Ägide, das Christentum den „Heiden“ bringen zu wollen, in den Kolonialländern mißfiel, die Menschen zur Fron für die Kapitalisten einzupannnen, die Helfer des Millionenraubes der Fürsten und Großbesitzer in Deutschland, jene Sünde, die mit dem Reichsgesetz vollständig die geistige Verflachung der Proletarier durchzuführen will, ist es, die diesen Menschen unglücklich gemacht hat durch Inquisition und Mordtum.

Und die sozialdemokratischen Führer sind in Preußen die Bundesgenossen dieser Leute.

Es spuckt in Ronnersreuth

Kell pfeift auf dem letzten Loch

Ein Korrespondent der „Welt am Abend“ schildert vor der Ueberführung der Theresie nach Bamberg noch interessante Dinge, die er in Ronnersreuth erlebt hat.

Regenlage in Bayern. Regenlage in Ronnersreuth. Der Jubel um den Wunderheiligen hält trotzdem an. Wenn der kalte Regen von oben herniederbraust, dann ipann sich Laulende von Regenstürmen. Ein einziges Regenstürmchen wälzt sich über der wartenden Menge. Wieder auf sie freilich. Seit morgens hatte Theresie Neumann Bitten.

Nur truppweise gelangen die Besucher an das Lager der Stigmatisierten. Dementsel waren die übrigen Pilger draußen geduldig, bis auch sie an die Reihe kommen.

Plaffen als Hypnotiseur

Gespräche werden angeknüpft. Diese Gespräche muß man hören. Ein großer Teil der Besucher wird durch die Neugierde herangezogen. Die übrigen aber sind schon das zweite oder gar dritte Mal zur Theresie gelaufen. Das sind die, die in alle Dörfer und Städte die Wunderheiligkeit des bayerischen Landmädchens tragen. Wenn sie den Mund aufmachen und dabei die Augen verdrehen, beinahe sich selbst in Ekstase verlieren, von der Kell und von den Heiden Christi sprechen, dann bekommt man einen Begriff von Massenjugend. Ich muß mich dann immer wieder eines Abends in Berlin erinnern, an dem ich das erste Mal den Vorträgen eines Hypnotiseurs beizuhohe. Als nämlich seine Darbietungen auf der Bühne angezweifelt wurden, spielte er nicht den wilden Mann, sondern hielt einen aufstrebenden Vortrag. Der Herr Hypnotiseur verstand das ausgezeichnet. Dann blühte er plötzlich ganz scharf in den dichtbesetzten Saal und rief, wie vom Schreck getroffen: „Warum sind Sie denn alle so ängstlich, sehen Sie, jetzt bekommen Sie alle die Arme nicht mehr in die Höhe. Sie wollen die Arme heben, — ausgeschloffen! Heben Sie doch die Arme! Scharfbar, nur einmigen gelassen es, mit schließendem Gesicht die Arme in die Höhe zu bringen. Alle übrigen aber sahen wie angebannt auf ihren Stühlen. Die Arme wurden am Körper mager nicht festgehalten. So, sagte der Hypnotiseur, jetzt sind ja Ihre Arme wieder frei — und siehe da, jeder demonte seine Arme wie vorher. — Aber man zweifelte nicht mehr — Massenjugend. Sie ist den Hezten eine bekannte Lauffase.

Escheno verhält es sich in Ronnersreuth. Nicht die 29jährige kranke Theresie Neumann verortet Wundergeschichten. Es sind in erster Linie die Geistlichen, die in Ronnersreuth mit leiser Stimme herab vom Wunder Gottes sprechen. Das sind weiter die neuationsgier die unmaßstäblichen Dinge weiterzuerzählen. Wie ein Laufteuer finden die Erzählungen überall Aufnahme. Sie werden von anderen neugierigen Katholiken weiter fortzortet. Massenjugend!

Es muß schon weit gekommen sein, wenn jetzt selbst die fromme Regierung der Oberpfalz energig gegen den Unfug einschreitet. In einem Erlass verbietet sie den Demonstrationenbesuch von Inter-

Art Museumsbesichtigung in Ronnersreuth vornehmen. Dem hat glücklicherweise die Pfälzer Regierung einen Riegel vorgeschoben.

Kell bringt was ein

Im allgemeinen soll der Bauer schwerfällig sein. Ich merke hier, wenigstens in geistlicher Beziehung, nicht viel davon. Im Wirtshaus, bei anregendem Gespräch über die Kell, hält man mit plötzlich das „Landauer Volksblatt“ unter die Nase: „Bist! schon, schauens her, Herr Nachbar.“ Mit leiser Ueberzeugung sieht es zu jeder Gesellschaftsformation nach Ronnersreuth, Pils- und Bierfahrt pro Berlin 20. März.



Die fromme Meute tritt zur religiösen Vorstellung an

Alle Wetter noch einmal, der Mann, der dies infortiert hatte, war nicht auf den Kopf gefallen. Zum Betrug stellt sich Kell. Alle machen mit der Kell ein Geschäft.

Man hatte nur noch nicht gewußt, ob an der Worderfront des Reliquarios das Schild mit der Fabrikation Ronnersreuth oder — rellamenpader — „zur heiligen Jungfrau“ angebracht werden sollte.

Theresie will hungern

Die Geistlichen lassen das Geschäft nicht verfehlen. Schon erfinnt man neue Wunder. Ein Italienerbruder brachte der heiligen Kell Reliquarien aus dem Lande des Papstes. Die Theresie konnte nach Befühlen der Reliquarien sofort heilwerden, von welchem Heiligen sie stammen. Ein großes Wunder! Das zweite Wunder aber ist nunmehr die Gebetsweise. Während sie betet, erhebt sie sich plötzlich, breitet ihre Hände aus, öffnet den Mund und scheint zu sprechen. Das geht stundenlang. Dabei ist Theresie vollständig der Welt entrückt. Sie hat Schwindel nach dem Tode. Eine Vereinnung mit Gott ist ihr schließlicher Wunsch. Es werden manchmal das schlimmste erwarten. Das Gesicht ist fahl, und Theresie trägt alle Merkmale einer Sterbenden.

Nach alledem sagen hier die unvoreingenommenen Ärzte, daß es an der Zeit wäre, die Theresie den geschulten Versten einer Klinik zu übergeben.

Dem Hungerwunder sollte man auch lieber die notwendige Ruhe zur Heilung gönnen. Man entferne einmal von der Theresie alle heiligen Bilder und die Geistlichen. Erst wenn mit der Theresie von anderen Dingen als Heilungsgeschichten und Heilungserzählungen gehört wird, dann wird auch die Selbsthypnose nachlassen und die Welt wäre um einen Volksbetrug ärmer.

Eine Guillotine gefällig?

In der Pariser Nationshalle, die sich im Palais des Arts befindet, wird in den nächsten Tagen eine eigenartige Ausstellung stattfinden. Ein alter Wollkatzenverkäufer Antiquitäten aus seinem eigenen Besitz, von denen manche großen historischen Wert haben; so befinden sich unter den Gegenständen, die unter dem Hammer kommen sollen, ein Gebetbuch und viele andere Sachen aus dem Besitz der Kompadour. Die größte Attraktion des Katalogs ist eine Guillotine, die während der großen Revolution auf dem Marktplatz von Dijon ihren blutigen Dienst verrichtete hat. Der Wert dieses Gegenstandes wird mit 10 000 Franken bezeichnet.



Menschenlange vor dem Pfarrhaus

naten und Schulen. Die Geistlichkeit plante nämlich so etwas zur Aufführung der Wunderheiligkeit ihrer Theresie. Die unter ihrem Einfluß lebenden Schulaffen und Internats sollten also, um die Massenjugend vollständig zu machen, in Intervallen eine

Mit Lug und Trug in den Wahlkampf

Die Leute von der Weisenfeller „Aufbauliste“ wollen Summe fangen - Gebt den sozialdemokratischen Feindtagen die Quittung - Wählt die Liste „Arbeiterkonsum“!

Der Wahlkampf für die Bezirksversammlung hat den Bezirkskonsumverein Weißenfels-Naumburg... Die SPD ist eben eine Partei, wo alles nach Worten geht.

die Partei der Betrüger

Es gibt es irgendetwas einen Vorkauf zu bekämpfen, dann werden herangezogen Angehörige und Bekannte, Freunde und Verwandte.

Verkauf Antikriegsmarken!

gelehrt hat, das wäre sozialistische Aufbauarbeit gewesen, bei der die Arbeiter auf das Singen eines Sperlings...

Bei dem kommenden Wahlkampf wird nach demselben Schema gearbeitet. Mit den klumpentesten Lügen und Verdrehungen...

Damit die Öffentlichkeit erinnert, mit welchem Schwindel die Aufbauleute den Sieg ergarben wollen, lassen wir die protokollierende Niederschrift der Einigungsverhandlung folgen:

Sitzung der Wahlleitung mit den Spitzenvertretern am 17. September 1927

Anwesend: Wäfliner, Weisenfeller, Saupe, Schippa, Weisner. Tagesordnung: Behandlung des Verwalterbeschlusses vom 6. Juli 1927 betr. Einheitsliste.

Saupe erklärt, unter gewissen Bedingungen die Bereitschaft seiner Auftraggeber zur Einheitsliste. Er fordert als Grundlage zur Vertretung der Mandate das Ergebnis der letzten Wahl...

Schippa erklärt im Auftrag seine grundsätzliche Zustimmung zur Einheitsliste. Er weist darauf hin, daß es ohne jede Verbindung zur Verhandlung ergeht...

Wäfliner erklärt, daß er keine Neigung habe, von dieser Vereinbarung abzurücken. Damit sind die Kampfmethoden der Aufbauleute gekennzeichnet. Sie bewegen sich in der Linie, die wir bereits eingangs des Artikels gekennzeichnet haben.

Der Arbeiterkonsumverein, weil diese Lügen eben die notwendige Voraussetzung sind, um ihre persönlichen Vorteile zu erreichen.

Die Aufbauleute machen den Kommunisten zum Vorwurf, daß die Einigungsverhandlungen auf den hohen Forderungen der Kommunisten beruhe. Diese Behauptungen sind gänzlich erlogen. In die Einigungsverhandlung kam der Spitzenvertreter der Sozialdemokratie mit gebundenem Mandat.

Seine Marschroute war bereits festgelegt. Er forderte nicht mehr und nicht weniger, als das Wohlwollen der Aufbauleute und der Arbeitervereine.

Die Aufbauleute wollten die Wahlleitung einreden, daß sie durch die Einigungsverhandlung über das Zustandekommen eines gemeinsamen Votums gebietet auf dem Starzahn und hohen Forderungen der Aufbauleute. Trotz dieser klaren Sachlage, die durch eine protokollierende Niederschrift festgehalten ist, lügen die SPD-Leute weiter und lügen den Kommunisten das Gegenteil der Verhandlung in die Schuhe.

Weisenfeler Volksbühne. Es scheint eine Art Verhängnis zu sein, daß dem Weisenfeler, mit einem klassischen Drama den jeweiligen Spieltheater zu eröffnen, nicht ganz das richtige Glück getroffen wird, auch in diesem Jahre nicht.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Freitag, den 22. September, Konrad Rager, Leipziger Straße 41 (Radis), Ernst Kästner, Leipziger Straße 15; Kurt Ullrich, Schildestraße 10 II; Wilm Dinger, Steinortstraße 10 II; Hermann Schmor, Geater Straße 18 III; Elly Haug, Kramersl. 17; Emma Thimann, Bolzer Straße 10 II; Lina Einhold, Markt, Alttenbrun Straße 17 III; Maria Gottschalk, Oestelstraße 3 III; Richard Wolf, Kasberg 30.

Genossen, Mitglieder im Bezirkskonsumverein Weißenfels-Naumburg! Wer keinen Wahrschein hat, gehe sofort in seine Verteilungsstelle und reklamieren! Ohne Wahrschein kein Wahlrecht!



Eine kleine Freundin braucht ein Jedermann

wählen Sie mich, - Sie sollen Ihre helle Freude an mir erleben. Im Vertrauen: Ich bin nicht wie die anderen, ich bin etwas „Besseres“! Gerade von Ihnen möchte ich entzündet sein, genießen Sie mich! Ewig werden Sie mir treu bleiben, denn - bei allen meinen Vorzügen - was Sie für mich auszugeben brauchen sind nur... 5 Pfg.

Lessing Fatima 5 Pfg. ZIGARETTENFABRIK LESSING & CO FRANKFURT AM MAIN 1898 Vertretung und Fabriklager: Kurt Gebhardt, Halle, Ankerstraße 3. Fernsprecher 25559

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: 12 Pf. monatlich 2.00 Mark; durch die Post bezogen 2.00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlags- und Druck: Arbeiter-Verlagsgesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14.

Anzeigenpreis: 15 Pfennig für den Millimeter Höhe und Breite; 70 Pfennig für Kasten im Textfeld. Manuskripte zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 21048, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf. Halle. Sonntags: Commerce- und Privat-Bank Halle. Telefax: Halle. Verlagsnummer: Leipzig 1038 45. Preis: 1 Mark.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Freitag, 23. September 1927

7. Jahrgang * Nr. 224

Die SPD. kapituliert vor den Biffen!

Mitarbeit der preußischen Koalitionsregierung an dem schändlichen Schulverfassungsgesetz

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. September.

Nachdem die Sozialdemokraten in trauer Gemeinschaft mit dem Zentrum in der preußischen Regierung folgende Beschlüsse: Wenn ein Drittel der Erziehungsbehörde eine Besetzungsliste fordert und wenn zwei Drittel die Umwandlung in eine weltliche Schule fordern, so entscheidet bei der Wahlung die absolute Majorität. Selbst der „Demokratische Zeitungsdienst“ wendet sich gegen diese Anträge, da er in der Praxis die Umwandlung in Konfessionsschulen erleichtert.

Ein Antrag sieht lediglich vor, daß das Wort „Gemeinschaftsschule“ vor „Befugnissschule oder weltliche Schule“ gesetzt wird. In dem beabsichtigten § 8 macht die preußische Regierung folgende Beschlüsse: Wenn ein Drittel der Erziehungsbehörde eine Besetzungsliste fordert und wenn zwei Drittel die Umwandlung in eine weltliche Schule fordern, so entscheidet bei der Wahlung die absolute Majorität. Selbst der „Demokratische Zeitungsdienst“ wendet sich gegen diese Anträge, da er in der Praxis die Umwandlung in Konfessionsschulen erleichtert.

Ein weiterer Antrag fordert, daß die Feststellung des geordneten Schulbetriebes den Vätern überlassen werden soll, und rümpelt die Schlüssel der Einflüsse der obersten Kreise. In der Zustimmung zu dem Besetzungsliste fordert die Koalition Regierung, daß das Reich die Entschlossenheit für das neue Schulgesetz übernimmt. Die bürgerlich-demokratische „Korrespondenz“ nennt diese Anträge nicht gerade weitgehend.

Der Schulkampf verschärft sich. Die Truppen des Bürgerblods marschieren auf. Eine evangelische Reichsleiterin äußert sich, daß die Einheit der Nation festigen und die Freiheit der Gewissen gewährleisten will. Auf der Deutschen Parteitag erklärte sich bereit für das jetzige Schulgesetz.

Um so verdrehtlicher ist es, daß die Sozialdemokratie in der Preußenkoalition den Versuch zu einem sehr schädlichen Kompromiß macht. Selbst die „Bolschewistische Zeitung“ muß über diesen Kompromiß schreiben, daß „die preußischen Anträge nicht gerade als weitgehend zu bezeichnen sind“. In einer W.B.-Meldung über die Änderungsanträge der preußischen Regierung heißt es, daß der Kirche oder ihren Vertretern eine „Art Einflüsse“ in den Religionsbetrieb der Schule gestattet wird! Die einzig „weitgehende Forderung“ ist, daß die Mehrheit nicht die Hände fesseln, sondern das Recht zu tragen haben. Kopf- und Spaltertschulen tragen haben, ganz führen.

Die Sozialdemokratie, die sich nicht für die Interessen der arbeitenden Massen einsetzt, sondern die Interessen der Kapitalisten und der herrschenden Klassen vertritt, ist es nicht möglich, sich gegen diese Anträge zu wehren. Die Sozialdemokratie muß sich dem Kompromiß beugen, um die Interessen der arbeitenden Massen zu wahren. Die Sozialdemokratie ist ein Werkzeug der Bourgeoisie, das die Interessen der arbeitenden Massen zu vernachlässigen sucht.

Wer trägt die Schuld?

—e. Halle, 23. September.

Wieder tödt die Diskussion im internationalen Blätterwald über das Thema: Wer trägt die Schuld am Ausbruch des Krieges? Mit seiner Lannenberg-Rede hat Hindenburg diese Frage erneut aufgeworfen. Die ganze nationalistische Presse reißt sich mit und feiert diese Rede Hindenburgs als eine waterdichteste Latz ersten Ranges. Endlich das Geburtsstagen zum 2. Oktober!

Realität hat fast gleichzeitig Polnars von der anderen Seite der schwarzrotgold überhinsten Grenzplanen des Tummelplatzes der deutschen Monarchisten eine Regel ins Rollen gebracht, die mit der Hindenburgs prompt zusammen platzte. Und nun steht der Chor der Unentwegten hüben wie trüben und zeigt in der berühmten Jungenmanier mit dem Zeigefinger auf die anderen: „Warte nur, Du hast angefangen, ich werde das Lehren.“ Wie immer, gibt es Menschen, die selbst solche Dröselungen ernst nehmen und gern den Schiedsrichter in einem solchen Streit spielen möchten. Dabei weiß jedes Kind, daß es kein Spielzeug gar nicht auf einen Schiedspruch ankommt — denn beide Parteien gar nicht sie sich nichts vorzuerwerfen haben. Die demokratische Presse aller Welt steht aber schon ein internationales Schiedsgericht oder betätigt sich mindestens sehr ausführlich als Begutachter der jetzigen Reden der Kriegsgescheher von anno dazumal — und vergessen dabei ganz, wirklich ernstlich etwas zu unternehmen, um den hereinbrach neuer Kriegskatastrophen zu verhindern.

Die demokratisch-sozialdemokratisch-pazifistischen Teilhaber am Streit um die Kriegsschuldfrage erinnern an jene Dorfkeuerwächter, die das Feuer zu bekämpfen suchte, indem sie die Wollermatten, die ihre neue Dampfmaschine lieferte, nutzlos gegen den Rauch verschleuderten, statt damit die Feuergrüt direkt zu erlösen. Die Glut, aus der über Nacht die Flammen neuer Kriege entspringen können, das ist die Summe der inneren Widersprüche des Kapitalismus, das ist der Ausbeutungsdruck, die Eroberungslust des Imperialismus, das ist der Schrei des kapitalistischen Marktes nach Absatz, nach Profit. Auch der „Weltkrieg“ von 1914 bis 1918, der vielleicht morgen schon diesen Namen nicht mehr tragen kann, wenn größere Kriege die Gesellschaft erschüttern sollten, auch dieser Krieg war das notwendige Endprodukt der sich in rasendem Tempo verschärfenden imperialistischen Gegenläufe. Dieser Krieg mit seinen Millionen und Millionen toten Soldaten und Millionen toten Zivilisten, des Dumpings, der Korruption und der Ausbeutung. Es spielt wirklich nur eine Rolle von untergeordneter Bedeutung, wer in dieser Glut am meisten oder „amert“ geküht hat. Geküht haben alle, die die Träger dieses imperialistischen Systems waren, das in sich alle Elemente kriegerischer Konflikte trägt.

Sie schüren heute noch, denn heute noch besteht dieses System. Sie schüren den Krieg besonders stark gegen die Sowjetunion, weil dort zum erstenmal mit Erfolg dieses System durch das proletarisch-sozialistische überwinden worden ist. Die Schuld an den vergangenen und den kommenden Kriegen trägt also in erster Linie das kapitalistische System und schließlich auch seine Träger — ganz gleich wo sie liegen. Diese würden und werden den Krieg auch nicht verhindern, und wenn sie in Genf noch so sehr von der Notwendigkeit des Friedens reden und den Krieg als ein Verbrechen denunzieren.

Mit solchen moralischen Märgeln befechtigen wir nicht die Voraussetzungen neuer Kriege, diese befechtigen wir nur durch den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Arbeiter- und Bauernrepublik in der ganzen Welt. Selbst die ehelich gemeinten Friedensreden ändern nichts an dieser Tatsache. Umgekehrt ist es die, die eifrigsten und die eifrigsten Krieger, auch dann überzeugt ist, daß der Krieg ein Verbrechen ist, erweisen die finsternen Luftschiffe, als ob diesen Trägern des Kapitalismus der Frieden höher käme, als ihr Leben und als ob sie den Krieg verhindern könnten.

Verhindern kann ihn nur die revolutionäre Arbeiterschaft durch den breitesten Massenbruch gegen Krieg und Kriegstreiber, für Frieden und Sozialismus. Wenn die Arbeiterkraft in ihrer großen Reichheit Kriegsbefehle an der Front und im Hinterland nicht leisten wird, dann kann selbst Hindenburg nicht zum Angriff wagen, und wenn er es launendmal wollte. Der Arbeiter und der Arbeiterführer trägt in dem gefährdeten Sinne Schuld am Ausbruch des Krieges, der nicht nur ein Mittel zum Sturz des Kapitalismus ist, der sich vielleicht sogar — wie die SPD-Führer — dazu hergibt, am Aufbau und an der Festigung des Kapitalismus mitzubehelfen.

Je fester Kapitalismus und Reaktion ihre Positionen bauen, je größer wird die Wahrscheinlichkeit kommender Kriege. Je fester aber die kommunistische Partei ihre Zellen in den Betrieben und Wohnorten organisiert, je mehr Massen dem Einfluß

Anschlußpolitik über Verschärfung des Strafrechtes

(Eig. Meldg.) Berlin, 22. September.

Im Strafrechtsausschuß des Reichstags kam es heute zu einer langen Auseinandersetzung über die Frage der Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Nationalrat der beabsichtigt das Strafrecht beschließen soll, wie der Reichstag. Besprechungen wurden ausgerechnet von den Rechtsparteien, Deutsche Volkspartei und Deutschnationale Partei, stark autoritativ, die Bedenken vorgebracht, ob eine solche Zusammenarbeit möglich sei. Für die Kommunisten erklärte Genosse Stoeder, daß die Arbeiter Österreichs es sicher sehr merkwürdig finden würden, daß die Anschlußpolitik ausgerechnet mit einem verschärften Strafrecht zu beginnen soll. Schließlich wurde ein Ausschuss von drei Mitgliedern eingesetzt, der mit dem österreichischen Parlament über eine gemeinsame Arbeit beraten soll.

Dann kam es zu einer Auseinandersetzung über den kommunistischen Antrag zu den Beratungen des Strafrechtsausschusses. Vertreter der Rechte hinzuzuziehen. Während der Reichsagspräsident Lobe erklärte, daß das nach der Gefährdung nicht möglich ist, unterstützen die Abgeordneten Landsberg, Stimmann und Seel den kommunistischen Antrag, der aber nach längerer Debatte gegen die Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt wurde.

In der nächsten Beratung wurden dann nach Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt, die den Gefährdungsbegriff ändern wollten, daß auch Ausnahmefälle, die nach der Tat beschloßen sind, wenn sie für den Täter günstig sind, Anwendung finden sollen.

„Strafgesetzbuchreform“ in Oesterreich

(Eig. Meldg.) Wien, 22. September.

Im österreichischen Nationalrat wurde gestern der Entwurf eines neuen Strafgesetzes eingebracht. Die österreichische Regierung macht sich sehr daran, daß sie in den für die Seipel-Regierung profitablen Punkten eine „Rechtsangleichung“ mit dem deutschen Strafgesetzbuch anstrebt, aber in allen den Fragen, in denen das deutsche Strafgesetz humaner ist als das österreichische, z. B. in den Fragen des Ehebruchs und der Verleumdung, Strafbefreiung im ungenügenden Rechtsausgleich ablehnt. Die Sozialdemokraten sagten ihre Mitarbeit am Gesetze zu. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Beratungen so lange hinauszuziehen, bis ihr Antrittentrag behandelt worden ist. Die Sozialdemokraten verzichteten bewußt darauf.

Justiz

Die Justizverwaltung in Deutschland und Deutschland Staaten als typische In der Verfolgung der Interessen der Bourgeoisie, die sich sonst in vielen Fragen wiederfinden. Das kennzeichnet die gesamte Justizpolitik überhaupt. Erst dann wird sich die deutsche Sozialjustiz zu der Verwirklichung der österreichischen und deutschen Gebiete aufschwingen, wenn sie es im Interesse der größtmöglichen Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats für notwendig hält.

Der neue Gesandte der USSR. in Polen

(Eig. Meldg.) Berlin, 22. September.

Der neue Gesandte der Sowjetunion in Polen wurde Dimitri Bogomolow ernannt, der bis zum Abruch der Beziehungen zwischen England und der Sowjetunion Gesandtschaftsrat in London war.

6 neue Todesurteile in Litauen

(Eig. Drahtm.) Romno, 23. September.

Am Mittwoch wurden vom Kriegsgericht in Lauenroden erneut sechs Todesurteile gefällt. Die zum Tode verurteilten Angeklagten wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. In den nächsten Tagen wird noch eine Anzahl von Prozessen vom Kriegsgericht behandelt werden, und es ist noch eine große Anzahl von Todesurteilen zu erwarten.

Schwere Zuchthausurteile gegen Kommunisten

(Eig. Drahtm.) Romno, 23. September.

Die vor einigen Wochen aus Litauen nach Litauen gekommenen und dort verhafteten drei Kommunisten sind wegen Verbreitung kommunistischer Literatur zu 3 bis 9 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

